

Antrag

des Abg. Klaus Burger u. a. CDU

Mühlenbetriebe in Baden-Württemberg sichern – Struktur erhalten, Prävention stärken

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele gewerbliche Getreidemühlenbetriebe in Baden-Württemberg aktuell bestehen, bitte gegliedert nach Regierungsbezirken und, soweit möglich, nach Betriebsgröße;
2. wie sich die Zahl der gewerblichen Getreidemühlenbetriebe in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat;
3. welche Versicherungsunternehmen nach Kenntnis der Landesregierung in Baden-Württemberg grundsätzlich Feuer- oder Brandversicherungen für gewerbliche Getreidemühlenbetriebe anbieten;
4. wie viele Kündigungen, Nichtverlängerungen oder Ablehnungen von Brandversicherungsverträgen bei gewerblichen Getreidemühlenbetrieben der Landesregierung in den vergangenen sieben Jahren bekannt geworden sind und aus welchen Gründen;
5. welche öffentlich-rechtlichen sowie versicherungsseitig geforderten zusätzlichen Anforderungen derzeit typischerweise an gewerbliche Getreidemühlenbetriebe gestellt werden, insbesondere im Hinblick auf Brandmeldeanlagen, Löschwasserversorgung, elektrische Anlagen, bauliche Brandschutzmaßnahmen oder sonstige Präventionsauflagen;
6. in welchen Punkten versicherungsseitige Anforderungen über die bauordnungsrechtlichen Vorgaben hinausgehen, wie diese Abweichungen fachlich begründet werden und ob sich daraus für gewerbliche Getreidemühlenbetriebe wirtschaftliche oder strukturelle Probleme ergeben;
7. ob der Landesregierung branchenspezifische zusammengefasste Daten zur Entwicklung der Versicherbarkeit gewerblicher Getreidemühlenbetriebe vorliegen und falls nicht, ob sie beabsichtigt, eine entsprechende Datenerhebung gemeinsam mit Verbänden, Versicherern und Fachstellen zu veranlassen;
8. wie sich die Versicherungsprämien, Selbstbehalte und Deckungssummen im Bereich der Feuer- und Sachversicherung für gewerbliche Getreidemühlenbetriebe in den vergangenen sieben Jahren entwickelt haben;
9. welche wirtschaftlichen Auswirkungen steigende Versicherungsprämien oder der Wegfall von Versicherungsschutz auf die betroffenen Betriebe haben können;
10. von welchem finanziellen Gesamtvolumen die Landesregierung ausgeht, sofern Investitionen in zusätzliche Brandschutzmaßnahmen landesweit erforderlich würden, um die Versicherbarkeit gewerblicher Getreidemühlenbetriebe zu sichern;
11. welche bestehenden Förderprogramme des Landes für präventive Brandschutzmaßnahmen in gewerblichen Getreidemühlenbetrieben in Betracht kommen und welche Möglichkeiten die Landesregierung darüber hinaus sieht, entsprechende Investitionen durch geeignete Förderinstrumente des Landes zu unterstützen;

12. unter welchen Voraussetzungen eine zeitlich befristete Unterstützung bei Versicherungsprämien für besonders betroffene gewerbliche Getreidemühlenbetriebe in Betracht kommen könnte und welche finanziellen Auswirkungen eine solche Maßnahme für das Land hätte;
13. in welcher Form und bis wann die Landesregierung beabsichtigt, gemeinsam mit dem Baden-Württembergischen Müllerbund, Versicherungsunternehmen, Feuerwehren und zuständigen Fachbehörden einen strukturierten Dialog zur nachhaltigen Sicherung der Versicherbarkeit einzurichten;
14. welche weiteren Alternativen oder flankierenden Maßnahmen die Landesregierung plant, um die dauerhafte Funktionsfähigkeit gewerblicher Getreidemühlenbetriebe als Teil der regionalen Ernährungswirtschaft und der ländlichen Infrastruktur zu sichern.

9.3.2026

Burger, Epple, von Eyb, Haser, Schweizer, Teufel CDU

Begründung

Die Zahl der Mühlen in Deutschland sinkt weiter. Für das Wirtschaftsjahr 2024/2025 werden bundesweit rund 170 Handelsmühlen ausgewiesen und damit vier weniger als im Vorjahr. Auch in Baden-Württemberg ist eine rückläufige Entwicklung zu beobachten, wobei insbesondere kleine und mittlere Betriebe unter Druck stehen. Gewerbliche Getreidemühlen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der regionalen Ernährungswirtschaft. Sie sichern Wertschöpfung im ländlichen Raum, erhalten mittelständische Strukturen und tragen zur Versorgung mit regional erzeugten Lebensmitteln bei.

Aus der Branche wird zunehmend berichtet, dass die Versicherbarkeit schwieriger wird. Kündigungen bestehender Verträge, deutlich steigende Prämien sowie verschärfte Anforderungen im Bereich des Brandschutzes führen zu erheblicher wirtschaftlicher Unsicherheit. Innerhalb des Mühlenverbunds besteht die Sorge, dass sich diese Entwicklung zu einem strukturellen Rückgang der Betriebe verstärken könnte. Sollte sich die Versicherbarkeit weiter verschlechtern, drohen nicht nur einzelne Betriebsaufgaben, sondern nachhaltige Strukturverluste im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, die tatsächliche Marktlage transparent darzustellen, finanzielle Größenordnungen zu klären und mögliche Unterstützungsinstrumente frühzeitig zu prüfen.

Der Antrag dient der sachlichen Bestandsaufnahme und soll zugleich deutlich machen, dass das Land die Anliegen der Mühlenbetriebe ernst nimmt und bereit ist, gemeinsam mit den Beteiligten tragfähige Lösungen zur Sicherung dieser wirtschaftlich bedeutsamen Struktur zu entwickeln.